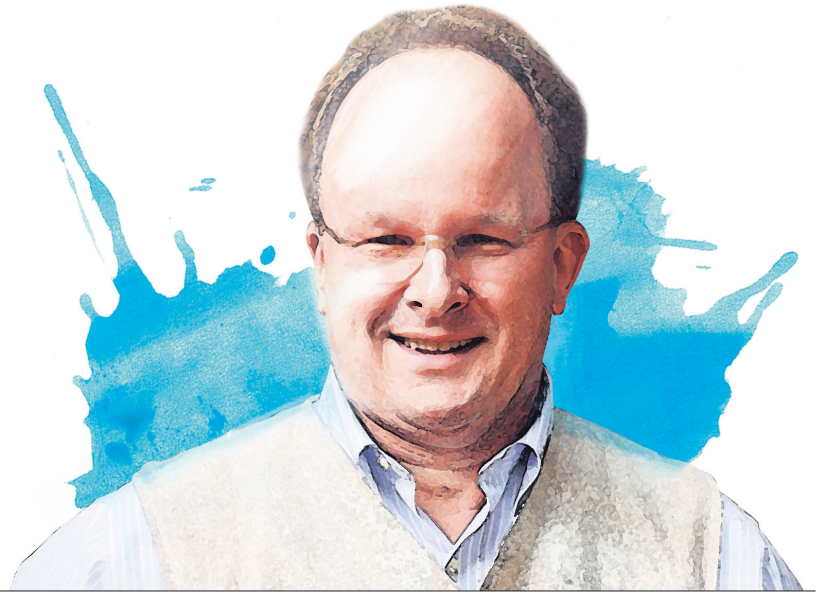


Die Massaker mahnen: Die US-Gesellschaft be-
geht Selbstmord, fürchtet **Stephan-Götz Richter**.

Reise ans Ende der Nacht



The Globalist [M]

Die wesentliche Lektion aus dem jüngsten US-Inferno, diesmal in Las Vegas, reicht weit über das zynische Wirken der National Rifle Association, die Allmacht der Lobbys oder die faktische Käuflichkeit von wahlkampfspendensüchtigen US-Kongressabgeordneten hinaus. Bei genauer Betrachtung unterstreicht die jüngste Waffenepisode eine erschreckende Tatsache: die Idee der Existenz einer amerikanischen „Gesellschaft“ verkommt immer mehr zur Fiktion.

Einem bedeutenden Teil der in den USA lebenden Menschen fehlt es im Kern an dem Willen oder auch nur der Überzeugung, dass es anstrengenswert ist, zusammenleben zu wollen. Zwar wird in diesem Zusammenhang immer schnell auf die sozialen Medien geschimpft. In Wirklichkeit aber sind diese ein Instrument, dem grassierenden Unwillen, aufeinander zuzugehen, Ausdruck zu geben. Sie sind nicht dessen Ursache.

Der in dieser „Kanalisation“ der Emotionen zum Ausdruck kommende Wille, auseinanderzustreben und nicht etwa, wie in Europa seit jeher, aufeinanderzuhocken, gehört zu den Gründungsmotiven der USA. Die Siedler haben immer das Weite gesucht, wenn ihnen jemand für ihr subjektives Gefühl zu nahekam.

Auch aus diesem Grund sind die USA - ähnlich den Riten, die Afghanistan seit jeher prägen - immer stärker von tribalistischen Strukturen zersetzt. Die in der unteren Einkommenshälfte fort-dauernde Wirtschaftskrise verstärkt diese immer schon latenten Tendenzen.

Im Reich der Angst

Während sich die einen so bei Videospiele an der Gewalt berauschen, verzweifeln die anderen an der abgrundtiefen Menschenverachtung, die darin zum Ausdruck kommt. Da passt es in geradezu alttestamentarischer Form ins Bild, dass in dem vermeintlich ewig optimistischen Amerika spätestens seit dem 11. September 2001 die Angst dominiert. Doch da war sie als herrschendes Sentiment längst inthronisiert. Der Schriftsteller Hunter S. Thompson nannte die USA bereits in den 70er-Jahren „Kingdom of Fear“.

Die alltägliche Gegenwart von Gewalt und Angst sollten in einer funktionierenden Gesellschaft eigentlich dazu führen, die zugrunde liegenden Missstände zu beseitigen. Davon kann in den USA aber keine Rede sein. Im Gegenteil: Der augenscheinlich seit langem überfällige Kompromiss bzw. das zivilisatorisch gebotene Umdenken wird gar nicht ernsthaft angestrebt.

Der amerikanische Kongress ist Ausdruck dieser kollektiven Impotenz. Obwohl beide Häuser des Parlaments in puncto Mitarbeitern und dergleichen bestens ausgestattet sind, herrscht faktisch Gesetzgebungsnotstand. Seit Jahren wird nichts mehr geregelt. Die enorme Anzahl der von Abgeordneten eingebrachten Gesetzgebungsentwürfe steht im umgekehrten Verhältnis zu tatsächlich verabschiedeten Gesetzen.

Dieses Bild spiegelt sich im amerikanischen Alltag wider. Nicht nur unter Geschäftspartnern, sondern auch in der eigenen Nachbarschaft zieht man es vor, über die neuesten Filme zu reden, statt sich in irgendeiner Form auf das neuralgische Thema Politik einzulassen. Das Gemeinwohl, die Gesellschaft sind kein Thema in den USA.

Anhand des Vorfalles in Las Vegas wird sich er-

neut erweisen, dass nicht nur die amerikanische Öffentlichkeit, sondern die Weltöffentlichkeit offenkundig bereits abgestumpft ist, was den Glauben an eine inneramerikanische Reformfähigkeit angeht. Damit ist aber letztlich alles infrage gestellt, was gerade den Nachkriegsgenerationen in den westlichen Ländern unablässig vermittelt wurde - wir Europäer mögen verstockt sein, die Amerikaner aber sind dynamisch, modern und wandlungsfähig.

Brandbeschleuniger Trump

Daher wäre der Rest der Welt, insbesondere wir Europäer, gut beraten, sich sehr viel mehr auf die eigenen Antriebsfedern zu konzentrieren. Dies gilt umso mehr, wenn man sich den Faktor Donald Trump näher betrachtet. Zwar muss man bedenken, dass „The Donald“ sehr viel mehr ein Symptom der inneramerikanischen gesellschaftlichen und politischen Schiefelage als dessen Ursache ist. Aber es gilt auch, dass der Präsident seine eigene Rolle ganz offensichtlich als die eines Brandbeschleunigers versteht. In einer Mischung eines greisen Ikarus und eines amerikanischen Nero zielt er immer darauf ab, die zentrifugalen Kräfte in der Gesellschaft zu bestärken.

Das Wunder, dass Trump womöglich die Waffengesetze verschärft, könnte vielleicht ja geschehen. Aber die vergangenen Jahrzehnte sind in dieser Hinsicht äußerst ernüchternd. Auch Barack Obama, der gebildete „Smoothie“, vermochte es nicht, die USA auf eine bessere innenpolitische Umlaufbahn zu bringen. Und vor allem sollte es in einer gereiften Demokratie und funktionierenden Gesellschaft keiner Wunder bedürfen, um als Kollektiv verantwortlich zu handeln.

So abstoßend Trump oftmals agiert und redet (bzw. tweetet), und so grotesk die dabei zum Vorschein kommenden Widersprüche, ja Rohheiten sein mögen, kann man eine Tatsache nicht von der Hand weisen: Trump ist in dieser Hinsicht durchaus ein treuer Repräsentant seines Landes. Denn es regiert im Weißen Haus die vox populi.

Insofern kann sich Trump - trotz des Bodensatzcharakters seiner politischen Eingebungen - durchaus zugutehalten, dass er die Emotionen nicht weiter, wie während der Obama-Präsidentschaft, säuberlich unter den Teppich kehrt, sondern ihnen Ausdruck und damit Nachdruck verleiht. In gewisser Weise ist das eine paradoxe Form der Demokratisierung politischen Handelns. Dass sich dabei ausgerechnet ein US-Milliardär zum Sprachrohr der amerikanischen „Untertanen“ macht, gehört zu den Absurditäten des heutigen Amerika.

Aber es bleibt ja keineswegs nur bei der Rhetorik - und Trump reflektiert ja sehr viel mehr als nur seine eigene Unausgegorenheiten. Die eigentliche Tragödie des Westens besteht jetzt darin, anerkennen zu müssen, dass die USA in ihrer aktuellen politischen Verfassung immer stärker zum Synonym von Unmenschlichkeit werden.

So unangenehm einem diese Sicht aufstößt, wie will man sonst verstehen, dass ein halbes Jahrhundert nach den angeblich so fundamentalen Bürgerrechtsreformen schwarze Bürger von der Polizei heutzutage serienweise wie Freiwild abgeschossen werden? Ohne dass bisher so gut wie ein einziger Polizist dafür strafrechtlich gebührend belangt worden ist?

Und wie können wir - Silicon Valley hin oder her - ein Land als zivilisatorische Vormacht be-

greifen wollen, dessen dominante Mehrheitspartei regelrecht einen Volkssport daraus macht, den ärmeren Amerikanern mit allen denkbaren und undenkbbaren Mitteln den Zugang zur Krankenversicherung zu verwehren?

Die einzige „gute“ Nachricht in dieser Hinsicht ist, dass diese Form der Diskriminierung nicht länger allein den Schwarzen aufgebürdet wird, sondern auch dem weißen Proletariat. Dieser Begriff ist bewusst gewählt; anhand fehlender sozialer Absicherung wäre jedes andere Wort Schönfärberei.

Wer angesichts solcher Perversionen des politischen Systems weiterhin dem Individualismus amerikanischen Stils das Wort reden will, der muss auch verstehen, dass dies in der Lebenspraxis nur einem sehr geringen Teil der Bevölkerung möglich ist, und zwar den Plutokraten, dem obersten Teil der US-Einkommenspyramide. Die anderen werden von Glitzer und Gloria des neuen „gilded age“ brutal ausgeschlossen.

Die Formel vom „winner takes all“ erklärt, warum der amerikanische Traum immer stärker zum Albtraum verkommt. Der Konsum der Opiode spricht da eine glasklare Sprache. Für diese gilt übrigens bezeichnenderweise das Gleiche wie bei Schusswaffen: bloß keine Interventionen seitens der Regierung, die die Problematik dank des probaten Mittels sachgerechter Regulierung wenigstens in geordnete Bahnen lenken könnte.

Der Gewinner nimmt alles

Weil ich bis 2016 dreißig Jahre in der amerikanischen Hauptstadt gelebt habe und mich in deren politischen Strukturen sehr gut auskenne, wurde ich neulich von einem prominenten deutschen Transatlantiker gefragt, ob ich mich angesichts des Trump-Faktors nicht für die Verbesserung der transatlantischen Beziehungen einsetzen wolle. Meine Antwort frappte meinen Gesprächspartner: Das sei ein Ding der Unmöglichkeit. Denn um das bewerkstelligen zu können, müsste die amerikanische Gesellschaft rettbar sein.

Davon kann aber zumindest auf absehbare Zeit keine Rede mehr sein. Die USA von heute sind ja nicht nur ein Paralleluniversum von nebeneinander lebenden Menschen - eine Gesellschaft ohne jegliche Bindekraft. Sie sind auch ein führendes Industrieland, in dem sich die knappe Hälfte jeglicher Form des westlichen, rationalen Denkens versperrt. Hier kommen ominöse Vorzeichen der Fortschrittsverweigerung zum Vorschein, wie sie sich in Deutschland in der Spätphase der Weimarer Republik manifestierten.

So radikal die These klingt: In Sachen der rigorosen Ablehnung von allseits akzeptierten Erfahrungstatbeständen zivilisierter Gesellschaften - etwa in Sachen Anerkennung von Evolution und Klimawandel - hat die republikanisch geprägte Hälfte der amerikanischen Bevölkerung mehr mit Saudi-Arabien, der Türkei und anderen fundamentalistischen muslimischen Ländern gemein als mit uns EU-Europäern. Das ist die eigentliche Botschaft, die wir aus den USA vernehmen sollten.

Der Autor ist Chefredakteur des Internet-Magazins „The Globalist“. Er arbeitete 30 Jahre in den USA. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com